

6. JULI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/124

Bonn, den 2. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:SeiteZeilen

1 - 2

Stunde der Wahrheit

69

Nach dem Scheitern der EWG-Verhandlungen in Brüssel

Von Günter Markscheffel

3 - 5

Sagt den Bauern die Wahrheit!

135

Ein Brief aus Niederbayern

Von Fritz W. Hörauf, MdB, Eggenfelden

6

Problematik des Widerstandes

48

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dortmund

Von Dr. Fritz Michael

***** Zur Beachtung *****

Zum erstenmal wird eine große Gruppe junger Deutscher in Israel an einem internationalen Jugendcamp teilnehmen. 200 Jungsozialisten und "Palken" treffen sich bei Haifa mit jungen Sozialisten aus zahlreichen anderen Ländern. Der Anwesenheit der Deutschen in Israel kommt gerade jetzt nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel eine große politische Bedeutung zu. Ihr Auftreten und ihre Diskussionen mit der jungen Generation Israels können für viele Jahre bestimmend für die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland werden.

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht daher in seiner Ausgabe vom Montag, dem 5. Juli 1965 - dem Eröffnungstag des Camp der Sozialistischen Jugendinternationale in Israel - einen Bericht des Bundessekretärs der Jungsozialisten in der SPD und Vizepräsidenten der Sozialistischen Jugendinternationale, Horst Seefeld.

Die Redaktion

Stunde der Wahrheit

Nach dem Scheitern der EWG-Verhandlungen in Brüssel

Von Günter Markscheffel

Jetzt im einzelnen aufrechnen zu wollen, wer die "Schuld" am Scheitern der Agrarverhandlungen in Brüssel trägt, wäre ein müßiges Unterfangen. Bundeskanzler Erhard wünscht, man solle die Ereignisse in Brüssel nicht dramatisieren. Er hat genügend Gründe für diesen Wunsch, denn ihm obliegt die undankbare Aufgabe, der deutschen Öffentlichkeit wieder einmal klar zu machen, daß sein zur Schau getragener Optimismus nach dem letzten Besuch de Gaulles in Bonn durch nichts begründet war.

Frankreichs Informationsminister Peyrefitte erklärt, die französische Delegation in Brüssel habe genügend Vorschläge gemacht, die alle darauf hinausliefen, daß Frankreich einen Teil der Finanzlasten übernimmt, die von einigen seiner Partner als zu hoch betrachtet wurden und daß Frankreich andererseits die Schaffung einer Zollunion für Industrieprodukte zum 1. Juli 1967 akzeptiert habe. Der Minister fügte hinzu, "für den Augenblick" komme es nicht infrage, daß Frankreich an neuen Treffen über den Gemeinsamen Markt in Brüssel teilnehme. - Diese Stirne aus Paris läßt darauf schließen, daß man sich dort in **kei-**
nem Fall schuldbewußt fühlt.

Natürlich ist es möglich, daß die französische Regierung angenommen hat, die übrigen fünf EWG-Partner würden französische Wünsche respektieren, um dafür die Gewißheit zu erhalten, das europäische Einigungswerk weiterführen zu können. Ob diese Spekulation berechtigt ist, wird sich bald zeigen.

Unabhängig davon, welche Form der weiteren europäischen Zusammenarbeit möglich ist, wird wieder einmal demonstriert, daß die Partner Frankreichs, besonders aber die Bundesrepublik, offenbar nicht begreifen, wie unterschiedlich die Ausgangspositionen sind, von denen man in Paris, Bonn oder Brüssel bei jeder Integrationsverhandlung ausgeht. Deshalb könnte das neuerliche Debakel von Brüssel nur überwunden werden, wenn man sich endlich dazu entschliesse, eben diese unterschiedlichen Ausgangspositionen gewissenhaft zu analysieren und sich mit aller Ruhe und Gelassenheit das gemeinsam zu tun vornimmt, was gemeinsame Interessen voraussetzt.

In dieser Beziehung hat man uns in der Bundesrepublik allzu oft und allzu lange eingeredet, zwischen Paris und Bonn stünde alles bestens. Das war einfach nicht wahr. Wenn die jetzt noch amtierende Bundesregierung überhaupt in der Lage sein sollte, etwas für die Erhaltung der deutsch-französischen Freundschaft zu tun, dann könnte sie sich mit der Erklärung ein großes Verdienst erwerben, sie sei sowohl in Personellen wie im Sachlichen der französischen Diplomatie nicht gewachsen.

Auch sollte man im Bonner Auswärtigen Amt gelegentlich einmal nachlesen, wie namhafte französische Politiker die Rolle Frankreichs in Europa und im westlichen Bündnissystem sehen. So erklärte z.B. Außenminister Couve de Murville am 16. Juni 1965 vor der französischen Nationalversammlung:

- * "Eine gemeinsame Politik heißt Europapolitik. Ein europäisches Europa heißt ganz einfach ein unabhängiges Europa, also ein Europa, das wieder zu sich selbst gefunden hat und in der Lage ist, seinen Einfluß in der Welt erneut auszustrahlen."

In der gleichen Sitzung der Nationalversammlung sagte Ministerpräsident Pompidou, das Thema "Europa" auf die Rolle Frankreichs im westlichen Bündnissystem erweiternd:

- * "Frankreichs Größe liegt in seiner Treue zu seinen Grundsätzen. Indem wir dies proklamieren, handeln wir nicht gegen die ureigenen Interessen unserer Alliierten und noch weniger gegen eine Allianz. Um ein guter Alliierte zu sein, ist es nicht nötig, sich selbst aufzugeben."

Diese Erklärungen der beiden wichtigsten Minister de Gaulles besagen mehr als alle Interpretationen und Aufrechnungsversuche einzelner Sünden wider den europäischen Geist. Solange de Gaulle Frankreichs Staatspräsident ist, wird man mit Vorstellungen rechnen müssen, die denen eines Pompidou und Couve de Murville entsprechen.

Aus diesen Grunde, und weil sie realistisch ist, hat die SPD erneut konkrete Vorschläge zur Überwindung der gegenwärtigen Krise in Brüssel der deutschen und internationalen Öffentlichkeit unterbreitet. Diese Vorschläge bedeuten, daß auch um die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses geduldig, zäh und ohne Illusionen gerangen werden muß. Wir hoffen, daß diese Erkenntnis sich verbreiten möge. Sie bietet trotz aller Schwierigkeiten die Chance, den Weg nach Europa fortsetzen zu können.

Sagt den Bauern die Wahrheit !

Ein Brief aus Niederbayern

Von Fritz W. Hörauf, MdB, Eggenfelden

In der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 hat Bundeskanzler Erhard versichert, alles Zweckmäßige zu unternehmen, um ein lebenskräftiges deutsches Bauerntum zu erhalten und die in ihm tätigen Menschen von der Unruhe und Furcht zu befreien, daß es für sie keine gesicherte und glückliche Zukunft geben könne.

Wenn ich die jüngsten im Rottal abgehaltenen Versammlungen als Karstab für eine Beurteilung nehme, so drängt sich mir allerdings der Eindruck auf, als greife die Unruhe zumindest in der heimischen Landwirtschaft weiter um sich und als werde die von sozialdemokratischer Seite geübte Kritik an der gegenwärtigen Agrarpolitik von einer nicht geringen Zahl unserer Bauern und Landwirte geteilt. Wenn man es auch nicht immer laut sagt! Denn wer das Wort "sozial" in den Mund nimmt, das für viele Bauern leider bis in die jüngste Vergangenheit noch weitgehend tabu war, läuft Gefahr, als "rot" und "marxistisch" und damit zugleich als "religions- und eigentumsfeindlich" abgestempelt zu werden. Er ist also nicht "standesgemäß".

Nach einer Versammlung in Pocking, bei der der agrarpolitische Referent des Landesverbandes Bayern der SPD, Georg Kronawitter aus München, sprach, sagte mir ein Bauer, er stimme unseren Ausführungen voll und ganz zu, nur sei es schade, daß wir der SPD und nicht der CSU angehörten...

* * *

Vor hundert Jahren ernährten drei Bauern einen Städter, heute ernährt ein Bauer in der Bundesrepublik sieben bis acht Städter. Waren vor hundert Jahren Sense und Rechen, Holzpflug und Egge, Gabel und Dreschflegel, eisenerreifter Wagen und Jauchefas typische Arbeitsgeräte, so sind es heute komplizierte technische Geräte, die ein Vermögen kosten. Ein "Herr" war vor einem Jahrhundert, wer auch nur acht oder zehn Hektar besaß; er konnte Knecht und Magd oder die eigenen Kinder aufs Feld und in den Stall schicken. Heute ist selbst der Bauer mit 40 und 50 Hektar sein eigener Knecht, die Bäuerin die einzige Magd. Vor hundert Jahren konnte man mit dem Erlös eines Zentners Weizen 25 bis 30 Handwerkerstunden bezahlen, heute vielleicht drei bis vier.

Seit 1946, vor allem seit der Währungsreform, vollzieht sich in unserer Landwirtschaft ein revolutionärer Umschichtungsprozeß, einerseits bedingt durch den überstürzten Einbruch der Technik in die Landwirtschaft, andererseits verschärft durch den Abschluß des EWG-Vertrages. Bis 1970 sollen unsere Landwirte auf den harten Konkurrenzkampf im Rahmen des großen Marktes der EWG vorbereitet sein. Diese Anpassung ist deshalb besonders schwierig und sie wird mit großen sozialen Härten verbunden sein, weil sie einen Berufsstand trifft, der stark in der Tradition wurzelt.

Die betroffene Bevölkerungsschicht kann damit nicht allein fertig werden. Hier hat der Staat die Pflicht, soziale Härten abzumildern.

den Übergang in neue Formen zu erleichtern.

* * *

Die erste Forderung aber, die gestellt werden muß, lautet: Sagt den Bauern die Wahrheit! Wenn Ministerpräsident Goppel versprochen hat, in Bayern könne Bauer bleiben, wer es wolle, auch wenn er unter 20 Tagewerk haben sollte, so ist - mit Verlaß gesagt - daran zu zweifeln, daß ein derartiges Versprechen eingehalten werden kann. Sollte etwa schon vergessen sein, daß noch Anfang 1964 Baron von Feury sagte: "Wenn mit dem deutschen Getreidepreis etwas passiert, stürzen spätestens nach den Wahlen die Regierungen in Bonn und München." In Bauernversammlungen wurde immer wieder verkündet: "Wir halten den deutschen Getreidepreis!" Und jeder SPD-Mann, der es wagte, auf die Gefahr der Überstimmung Deutschlands hinzuweisen, wurde als übler Bauernfeind beschrien. Und noch eines: Die EWG wurde jahrelang völlig ignoriert und den Bauern vorgeschaut, sie könnten so weiterwirtschaften wie bisher.

Durch Vorspiegelung falscher Tatsachen wird der Landwirt zu einer irrigen Einschätzung der Lage und zu Fehlinvestitionen verleitet. Notwendige Umstellungen und Anpassungen können nicht mehr rechtzeitig erfolgen. Was unsere Bauern brauchen, ist mehr Orientierung, eine vorausschauende Planung.

* * *

Was wir brauchen, ist eine Konzeption für den gesamten bayerischen Raum, ist Raumordnung und Landesplanung. Auf der zweiten agrarpolitischen Landeskonferenz der SPD in Vilshofen wurde empfohlen, in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, den Landwirtschaftsämtern und den praktizierenden Landwirten Erzeugerschwerpunkte festzulegen, die Boden, Klima und Absatzlage dieses Gebietes berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Schwerpunkte sollten für das Gebiet typische Leitbilder sowohl für den Vollerwerbsbetrieb als auch für Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe herausgestellt werden. Die bäuerliche Selbsthilfe in Form von Erzeugergemeinschaften, Vermarktungseinrichtungen, Maschinenbanken und Maschinengemeinschaften ist tatkräftig zu unterstützen. Die landwirtschaftliche Beratung sollte wesentlich verstärkt werden. Als Voraussetzung für die rationelle Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes ist die Flurberreinigung anzusehen. Schon 1963 hat die SPD ihren "Sozialplan" der Öffentlichkeit übergeben, der den Landwirten eine bessere soziale Sicherheit geben soll.

Mehr als bisher muß neben den Kuxdünger auf den "Kopfdünger" gesehen werden, auf eine gute Schul- und Berufsausbildung der ländlichen Jugend. Zu groß ist das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land! Echte Begabungsreserven sind vor allem noch in den schulfernen Gebieten Bayerns vorhanden.

Dazu noch eine Zahl, die zum Nachdenken anregen sollte: Im letzten Jahr studierten rund 400 ausländische Studenten auf bayerische Staatskosten an bayerischen Universitäten. Im Haushalt waren dafür eine knappe Million DM eingesetzt. Für die begabten, schulfernen Landkinder waren dagegen nur 41 1/2 Heimfreiplätze für ganz Bayern gebilligt worden; davon ganze neun für Niederbayern. Hierfür verzeichnete der Haushalt 70.000 DM.

* * *

Es ist kein Geheimnis, daß die SPD vor allem den bedrohten mittleren und kleineren Landwirten ihr Herz zuwendet und bemüht ist, ihnen Heimat und Eigentum zu erhalten und sie am Wohlstand teilhaben zu lassen. Wir machen aber auch kein Hehl daraus, daß wir es für sinnlos halten, jetzt schon unrentable Betriebe noch durch zusätzliche unrentable Investitionen derart zu verschulden, daß mit einigermaßen gesunden Verhältnissen überhaupt nicht mehr zu rechnen ist. Hier sollten wir alle den Mut zu ehrlicher Aufklärung haben.

An konkreten Maßnahmen aber verlangen wir soziale Sicherheit für die Alten, deren Erben nicht mehr bereit sind, den kleinbäuerlichen Hof weiterzuführen; eine hervorragende Schul- und Berufsausbildung für die Kinder, damit sie echte Startchancen haben; gezielte Umschulung und Schaffung von erreichbaren gewerblichen Arbeitsplätzen für alle, die nicht mehr bereit sind, in der Landwirtschaft zu arbeiten oder Landwirt zu bleiben; schließlich echte Chancen durch gewerblichen Zuerwerb, Zupacht oder Zukauf für den, der Landwirt bleiben will.

"Ich habe schon sehr oft über die Ungerechtigkeit unseres Steuersystems gesprochen. Das hat zu Investitionen und Neuvermögensbildungen in den letzten 15 Jahren geführt, die wirklich einmalig in der Welt sind. Ich bin der Meinung, man belastet bei uns die Kleineren und mittleren Einkommen zu hoch, und die ganz großen Einkommen werden zu sehr begünstigt; die könnte man ruhig etwas höher besteuern in der Zukunft." - Hier ist kein Sozialdemokrat zitiert, sondern Präsident Edmund Rehwinkel. Er befindet sich in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten, die schon seit langem die große Steuerreform gefordert haben.

* * *

Schließlich sollte eine Konzentration des Kreditwesens die bisherige "Töpferwirtschaft" ablösen. Unbedingt notwendig ist auch die Neugestaltung des "Grünen Planes". Es ist verkehrt, Großbetriebe, die schon längst den vergleichbaren Lohn im Gewerbe erheblich überschritten haben, auch noch weiter im verstärkten Ausmaß Mittel zukommen zu lassen.

Ohne eine gesunde Landwirtschaft ist eine gesunde Gesamtwirtschaft nicht denkbar.

* * *

Noch ein Punkt am Schluß und darüber sind sich, so glaube ich, alle niederbayerischen Abgeordneten in Bonn und München einig; sie müssen auf der Hut sein, daß nach der Neueinteilung der Bundeswahlkreise die Stimme der Heimat im Maximilianeum nicht beschnitten wird. Nichts anderes ist geplant, als durch die Neuaufteilung der Abgeordnetensitze im Bayerischen Landtag unsere, durch wirtschaftsschädigende Abwanderungen des letzten Jahrzehnts geschwächte Heimat zugunsten der aus allen Nähten platzenden Großstädte, weiterhin zu benachteiligen.

Niederbayern würde dadurch weitere Volksvertreter verlieren. Daher sollte man bedenken: Jede niederbayerische Stimme, die in Bonn oder München verstummt, bedeutet auch eine Stimme weniger für die Landwirtschaft, die kein Abgeordneter übergehen kann, den in diesem Raum das Vertrauen der Wähler in die Parlamente entsendet.

* * *

Problematik des Widerstandes

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dortmund

Von Dr. Fritz Michael

Eine nicht mehr unmittelbar in die Geschehnisse verwickelte Generation hat die Erforschung eines der wichtigsten Zweige der neueren deutschen Geschichte übernommen. Das ermöglicht Distanz, weil hier objektive, von der Sache her eingegebene Erkenntnisse verlangt werden müssen. Das Thema jedoch - die "Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus" - läßt ein Disengagement nicht zu. Der junge Historiker spürt die Verantwortung, die ihm seine Aufgabe stellt; er ist engagiert, weil seine Arbeiten Einsichten vermitteln, die das Gewissen anrufen.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt das Verdienst zu, junge Historiker und Studenten in Dortmund zusammengeführt zu haben, damit sie sich über den Stand ihrer Arbeiten unterrichten. Wesentliche Referate kamen aus dem Friedrich-Meinecke-Institut in Berlin, dem Institut für Zeitgeschichte in München, dem Bundesarchiv in Koblenz, der Wiener Library in London, dem Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris, der Akademie der Künste in Berlin und der Landeszentrale für politische Bildung in Berlin. Die Referate werden zu einer Dokumentation zusammengestellt.

Der Widerstand gegen die Hitlerdiktatur, so formulierte Walter Haeder, mag in seiner Form historisch erscheinen, er darf aber als Aktion nicht für abgeschlossen gelten, solange die Kräfte von damals noch geschichtlich existieren. Diese Anspielung auf die Tatsache, daß Inhaber hoher Stellen im Nazireich heute noch in Schlüsselpositionen von Staat und Wirtschaft sitzen, band die historische Erscheinungsform an die Gegenwart. Widerstand ist heute noch sinnvoll!

Der Begriff selbst scheint nicht genügend geklärt zu sein. Was Widerstand unter dem Zeichen des aktiven Einsatzes eines einzelnen oder einer Gruppe stehen, um Widerstand zu sein, oder genügt schon das Merkmal "Konkonformismus und Opposition als Bewährung des Menschlichen" (O.C.Aaronsfeld). Das Wort Widerstand läßt zunächst nur an den 20. Juli an den Widerstand kirchlicher Gruppen denken. In mancher zeitgenössischen Betrachtung wird dargestellt, daß die beiden christlichen Konfessionen einen vom Grundsatz her immanenten Widerstand geleistet haben. In der neueren Forschung dürften derartige Ansichten erschüttert werden.

Die gegenwärtige Beurteilung des Widerstandes gegen das Hitlerregime und die zu erwartenden Schriften und Dissertationen verzichten auf eine mythologische Heldenverehrung; sie betrachten den Widerstand nicht als ein Privileg von wenigen. Eine solch' nüchterne Betrachtung kann sich auf ein Wort von O.C.Aaronsfeld stützen: "Die Wiener Library", sagte er, "hat umfangreiches Material für Stimmungen aus dem Volke gesammelt und ermöglicht daher, das Verhalten des einfachen Menschen während des Nazireiches darzustellen."

Das Recht auf Widerstand gehört zum Wesen des Menschen. Die Referate und Diskussionen lassen den Schluß zu, daß von diesem Recht des Widerstandes mehr Menschen Gebrauch gemacht haben, als der "Kreiser Kreis" und die Kirchen und der 20. Juli umschreiben. Die wahren Quellen des Widerstandes im deutschen Volk sind darin zu suchen, daß es auch in Deutschland eine Tradition der Menschlichkeit gibt.